ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lucas, Rainer

Working Paper

Von der regionalisierten Strukturpolitik zur nachhaltigen Regionalentwicklung: Regionale Politikkonzepte im Zeitalter der Globalisierung

Wuppertal Papers, No. 101

Provided in Cooperation with:
Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy

Suggested Citation: Lucas, Rainer (2000) : Von der regionalisierten Strukturpolitik zur nachhaltigen Regionalentwicklung: Regionale Politikkonzepte im Zeitalter der Globalisierung, Wuppertal Papers, No. 101, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Wuppertal, https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:wup4-opus-10352

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/49115

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wissenschaftszentrum
Nordrhein-Westfalen
Institut Arbeit
und Technik

Kulturwissenschaftliches
Institut
Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt, Energie
GmbH

Rainer Lucas

Von der regionalisierten Strukturpolitik zur nachhaltigen Regionalentwicklung

Regionale Politikkonzepte im Zeitalter der Globalisierung

Wuppertal Papers

No. 101 · April 2000
ISSN 0949-5266

NRW.

„Wuppertal Papers“ werden einer begrenzten Anzahl von Fachleuten zur Verfügung gestellt, um sich relativ frühzeitig mit bestimmten Aspekten der Arbeit des Wuppertal Institutes vertraut zu machen. Obwohl die Arbeiten vor ihrer Fassung als „Wuppertal Papers“ intern eine gewisse Diskussion erfahren, betrachten die Autoren/Autorinnen ihre Ergebnisse und Überlegungen als vorläufig. Alle Empfänger/innen sind daher eingeladen, die vorgelegte Arbeit zu kommentieren und anzureichern. Das Wuppertal Institut identifiziert sich nicht notwendigerweise mit dem Inhalt.

Leichte Abweichungen zwischen der Druckfassung und der PDF-Fassung sind möglich. Beispielsweise sind in diesem PDF-Dokument Leerseiten weggelassen worden. Sie sollten deshalb, wenn Sie aus dem PDF-Dokument zitieren, den Klammerzusatz „PDF-Fassung“ vermerken!

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
Arbeitsgruppe Neue Wohlstandsmodelle
Dipl. oec. Rainer Lucas
Döppersberg 19

42103 Wuppertal

Tel.: 0202-2492-260
Fax: 0202-2492-263
E-Mail: rainer.lucas@wupperinst.org
http://www.wupperinst.org

Zusammenfassung

Der Autor diskutiert vor dem Hintergund veränderter Handlungsspielräume und Organisationsmuster die Aufgaben und Herausforderungen einer innovativen Regionalpolitik. Globalisierung und nachhaltige Regionalentwicklung werden hierbei als komplementäre Zielbereiche angesehen, die bei einem erweiterten Verständnis von Globalisierung auch gemeinsame Schnittmengen aufweisen können. Die Erschließung dieser Schnittmengen ist auf neue Formen des Regionalmanagements angewiesen, daß zwischen den komplexer werdenden Handlungsfeldern und der ressortmäßigen, problemorientierten Bearbeitung durch Verwaltung und Planung vermittelt.

Inhalt

Zusammenfassung 3

Inhalt 4

Einleitung 5

1 Globalisierung und Regionalentwicklung 6

2 Organisationsmuster und Handlungsspielräume regionaler Politik 1

2.1 Regionalbindung aus der Perspektive gesellschaftlicher Steuerung 8

2.2 Regionalbindung aus der Perspektive der Unternehmen 11

3 Regionale Ansätze in der Wirtschafts- und Strukturpolitik 15

3.1 Regionalisierte Wirtschafts- und Strukturpolitik 15

3.2 Regionale Nachhaltigkeit 17

4 Gute Beispiele und ihre Grenzen 20

4.1 Verwertung von Elektronikschrott im Rahmen eines regionalen Netzwerkes in der Region Aachen 21

4.2 Erhalt dezentraler Verwertungsstrukturen in der Autoverwertung im Oberbergischen Kreis 22

4.3 Grenzen der aufgeführten Beispiele 23

5 Chancen für ein innovatives Regionalmanagement in Zwischenräumen 25

Literatur 28

Einleitung

Globalisierung gilt in Politik und Wirtschaft als ein unumkehrbarer Trend, welcher alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt, beeinflußt und verändert. Auch die Konzepte der Regionalentwicklung sind angesichts der Globalisierung auf den Prüfstand geraten. Es stellen sich die grundlegende Fragen:

- *Gibt es im Zeitalter der Globalisierung noch Chancen für regionale Wirtschaftsaktivitäten und – daran anschließend –*
- *welche Handlungsspielräume hat eine „regionale Entwicklungspolitik“?*

Mit dem Terminus „regionale Entwicklungspolitik“ möchte ich diejenigen Politikfelder umreißen, die gestaltend auf die regionale Wirtschaft Einfluß nehmen: Hierzu zähle ich vor allem die Wirtschafts- und Strukturpolitik, die Technologiepolitik, die Arbeitsmarktpolitik sowie die Infrastrukturpolitik zum Ausbau harter und weicher Standortfaktoren (Verkehr, Ver- und Entsorgung, Bildung und Kultur).

Als neues Entwicklungsparadigma wird in den Regionen seit einiger Zeit über den Begriff der Nachhaltigkeit diskutiert. Hieraus resultieren Erweiterungsmöglichkeiten für eine integrative Regionalpolitik und „neue Wohlstandsmodelle“ auf der Basis endogener Faktoren. Die Komplexität und Langfristigkeit der Nachhaltigkeitsziele führen jedoch zu Anschlußproblemen an bestehende regionale Politikbereiche. Vor diesem Hintergrund werden in dem nachfolgenden Text erste Überlegungen für ein nachhaltiges Regionalmanagement angestellt.

1 Globalisierung und Regionalentwicklung

Globalisierung ist ein Prozeß zur Etablierung und Intensivierung weltweiter Wirtschaftsbeziehungen. Hierzu zählen

- der weltweite Bezug von Vorleistungen (global sourcing),
- das Auslandsengagement der Unternehmen über Direktinvestitionen,
- das Herausbilden transnationaler Unternehmensnetze und multinationaler Konzerne (global players),
- das Schließen strategischer Allianzen,
- der internationale Austausch von Wissen und Technologie und
- die Internationalisierung der Finanzmärkte.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Handlungsmöglichkeiten regionaler Akteure in den letzten Jahren grundlegend gewandelt (Zarth/Huege 1999). Die verstärkte Globalisierung und Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen[1] ging in Deutschland einher mit der Öffnung Osteuropas und dem voranschreitenden Prozeß der europäischen Integration. Diese Gleichzeitigkeit hat den Anpassungsdruck auf die regionalen Wirtschaftsstandorte noch einmal erheblich erhöht.

- Die verstärkte internationale Arbeitsteilung führt zu großräumigen Strukturen bei den Transport- und Warenströmen.
- Der internationale Wettbewerb forciert die Spezialisierung und Arbeitsteilung der Regionen untereinander.
- Der europäische Einigungsprozeß führt zu einer Zentralisierung von Entscheidungsstrukturen.

Je nachdem, wie stark die mobilen und nicht mobilen Faktoren der Leistungserstellung das Wirtschaftsgeschehen der Regionen prägen, stellt sich eine unterschiedliche „Globalisierungsbetroffenheit“ ein. Kapital ist mobiler als Arbeit, Boden und Natur können überhaupt keinen Ortswechsel vornehmen. Finanzkapital ist mobiler als an Investitionsgüter gebundenes Kapital, die Konsumnachfrage ist hinsichtlich ihrer Raumbindung flexibler als die Produktion. Wissen als neuer Produktionsfaktor scheint im Zuge moderner Informations- und Kommunikationstechniken global verfügbar. Überall dort, wo es um konkrete Anwendung des Wissens geht, werden dann jedoch wieder regionale Kontexte und ihre

[1] Die Internationalisierung der Handels- und Warenströme vollzog sich in Deutschland bis 1995 innerhalb Westeuropas, ab 1995 ist eine deutliche Verschiebung der Anteile zugunsten der mittel- und osteuropäischen Länder und des nordamerikanischen Marktes zu erkennen. (DIW Wochenbericht 6/2000)

Akteure bedeutsamer, da diese die konkreten Anwendungsbedingungen von Innovationen kennen.

Binnenentwicklung und Außenorientierung stehen in einem Spannungsverhältnis. Sie schließen sich prinzipiell nicht gegenseitig aus. „Regionalorientierung“ und „Globalorientierung“ sind *komplementäre* Entwicklungsziele. In einer Mixed-Economy, in der unterschiedliche Raumstrukturen zur Geltung kommen (können), ist es möglich, *strategische Schnittmengen* zwischen globalen und regionalen Zielen zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund sind die konkreten räumlichen Bezugspunkte der wirtschaftlichen Aktivitäten in jeder Region und in jedem Handlungsfeld näher zu bestimmen.

Die Schnittmengen vergrößern sich in erheblichem Maße, wenn der Begriff der Globalisierung aus seiner ökonomischen Verengung herausgeführt wird. Beck (1997) hat auf die Ambivalenz der Globalisierung mit den Stichworten „Globalität“ und „Globalismus“ hingewiesen. Globalität meint die Chance für Weltoffenheit, Austausch und Vielfalt in einer „Weltgesellschaft“; mit Globalismus bezeichnet er „die Auffassung, daß der Weltmarkt politisches Handeln verdrängt oder ersetzt, d.h. die Ideologie der Weltmarktherrschaft, die Ideologie des Neoliberalismus“ (Beck 1997, 26). Angesichts dieser Alternativen stellt sich die Frage „Welche Globalisierung und wessen?“ (Sachs 1999). Die Antwort fällt nicht leicht. Auch wenn die wirtschaftliche Globalisierung einer neuen Naturkolonisierung Vorschub leistet (Sachs 1999, 21 ff.), so repräsentiert die Globalisierung jedoch nicht nur negative Erfahrungshorizonte. Erkenntnisgewinne über neue Wirtschaftsformen, kulturelle Einbettung von Ökonomien und Formen der Gleichberechtigung sind jederzeit möglich.

2 Organisationsmuster und Handlungsspielräume regionaler Politik

2.1 Regionalbindung aus der Perspektive gesellschaftlicher Steuerung

In der regionalwirtschaftlichen Diskussion wird mit Blick auf erfolgreiche Entwicklungen in Baden-Württemberg, der Region Prato im mittleren Italien und auch des kalifornischen Silicon Valley die These vertreten, daß aufgrund kleinbetrieblicher Strukturen, die netzartig und kooperativ innerhalb einer Region miteinander verknüpft sind, „innovative Milieus“ entstehen, die sowohl den einzelnen Firmen als auch den Regionen besondere Entwicklungschancen bieten (Camagni 1991, Maier 1996, Butzin 1996, Lucas 1998a, Rehfeld 1998).

Das Wechselspiel von regionalen und globalen Faktoren nimmt angesichts der Vielschichtigkeit, Komplexität und Dynamik der Wirtschaftsentwicklung zu. Vor diesem Hintergrund gewinnen Organisationsmuster an Bedeutung, in denen dezentrale Einheiten über horizontale Beziehungen an globalen Entwicklungen beteiligt werden (Sydow 1993). Über derartige Netzwerkbildungen können auch regionale Kompetenzen in den Prozeß der Globalisierung eingebracht werden (Dörsam/Icks 1997). Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist die Bündelung der regionalen Kompetenzen. Im Unterschied zu den marktlichen Regulierungsformen, die im wesentlichen anonym ablaufen, spielen in den Netzwerkbeziehungen Faktoren wie gemeinsame Ziele und Werte, gemeinsame Erfahrungen und darauf beruhendes Vertrauen eine wichtige Rolle (Messner 1995, 211 ff.). „Die Handlungsfähigkeit von Netzwerken basiert auf ihrer institutionellen Konsolidierung sowie der Herausbildung gemeinsamer Sichtweisen, Orientierungen und Strategien der Netzwerkakteure“ (ebd., 307).

Ansätze zur Netzwerkbildung können an den Erfahrungen bereits existierender regionaler Konzepte und Strukturen anknüpfen (siehe Übersicht 1). Die „alten“ Ansätze sind trotz unterschiedlicher Problemzugänge und Zielsetzungen in einem Punkt vereint: nämlich ihrer Orientierung auf eine kooperative Selbstorganisation in den Regionen (Blaffert 1996, Fürst 1996). Wie die nachfolgende Übersicht veranschaulicht, findet sich hier bereits Vieles, was aktuell unter dem Stichwort „Netzwerke“ in neuem Gewande daherkommt.

Übersicht 1: Typisierung „regionaler Entwicklungsansätze“ unter Einbeziehung sozialer und ökologischer Zielsetzungen

Problemzugang	Zielsetzungen (Auswahl)	Handlungsfelder	Kooperative Selbstorganisation
Bedürfnisse, Märkte	Ökologische Optimierung von Produkten und Dienstleistungen, Regionalvermarktung	Landwirtschaft/Ernährung, ökologisches Bauen/ Wohnen, Gebäudemanagement, Reparatur, Wartung	Kooperation in der Produktlinie, regionale Dienstleistungsnetzwerke
Infrastrukturen	Ausbau harter und weicher Standortfaktoren , Optimierung von Stoffströmen	Abfallwirtschaft/ Recycling, Wasserversorgung, Verkehr; Flächennutzung, Energieversorgung	Public-Private-Partnership, interkommunale Kooperation
Arbeit; Einkommen, Beschäftigung, Eigenarbeit	Beschäftigungssicherung, soziale Sicherung, Qualifizierung, Selbsthilfe, Chancengleichheit	Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Gleichstellungspolitik, Ehrenamt	Arbeitsmarktkonferenz, Arbeitslosenzentren, Selbsthilfegruppen, informelle Netzwerke
Entwicklungsnachteile ländlicher Räume	Aktivierung endogener Potentiale, Eigenständigkeit	Regionalpolitik, regionale Strukturpolitik, Verbindung von Landwirtschaft und Tourismus	Abstimmung regionaler Entwicklungsprogramme und Projekte
Standortentwicklung, Strukturwandel	Verbesserung der ökologischen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit	Technologietransfer, technologieorientierte Unternehmensgründungen	Kooperation zw. WiFö, Technologiezentren und Hochschulen

Quelle: eigene

Angesichts dieses breiten Spektrums an vorhandenen Ansätzen und Organisationsformen können die Regionen und ihre Akteure eigentlich optimistisch in die Zukunft schauen. Die Globalisierung hat den Handlungsrahmen der Regionen erweitert, international verfügbares Wissen kann auch für regionale Problemlösungen genutzt werden. Diese optimistische Variante ist jedoch nur realistisch, solange die Regionen noch über eigene Steuerungskapazitäten verfügen.

Hans Joachim Kujath, Direktor des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner bei Berlin, hat darauf hingewiesen, daß die Steuerungspotentiale je nach Produktions- und Transaktionsorganisation in den Regionen recht unterschiedlich ausfallen können (siehe Übersicht 2). Er stellt einen Zusammenhang von funktionaler Produktionsorganisation der Unternehmen, den damit verknüpften Transaktionsbeziehungen und der räumlichen Ordnung dieser Beziehungen her.

Übersicht 2 : Funktionale Beziehung und räumliche Ordnung der Wirtschaft

Räumliche Ordnung / Funktionale Beziehung	An räumliche Nähe gebundene Transaktionsbeziehung	Räumlich ungebundene Transaktionsbeziehung
Funktionale Integration	**(1) kartellierte Region** Region als Raum verkrusteter Wirtschaftscluster und eines Closed Shop	**(2) hierarchisch eingebundene Region** Region als Standort regionaler Produktionsverbünde und als wirtschaftlich dualisierter Raum
Funktionale Desintegration	**(3) vernetzte Region** Region als Raum eines leistungsfähigen, dynamischen Produktionsnetzes	**(4) fragmentierte Region** Region als Raum aufgelöster Produktionshierarchien und Produktionsnetze

Quelle: Kujath 1998, 96

„Zwischen diesen vier Varianten der Regionsentwicklung gibt es in der Realität natürlich ein breites Spektrum unterschiedlicher Zwischenformen und Überlagerungen. So ist z.B. die Automobilindustrie meist in ein dicht geflochtenes Netz regionaler Austausch- und Transaktionsbeziehungen eingebunden und zugleich ein „global player-Zentrum“ einer weltweiten hierarchischen Produktionsstruktur“ (ebd.).

Kujaths Typisierung der Regionen macht deutlich, daß sich als Ergebnis räumlich ungebundener Transaktionsbeziehungen Regionstypen herausbilden, in denen aufgrund aufgelöster Produktionsnetze (Typ 4) und Fremdbestimmung (Typ 2) nur noch geringe eigenständige Handlungsmöglichkeiten vorhanden sind. In der fragmentierten Region, in der die Auflösung bestehender Milieus und Produktionszusammenhänge sehr fortgeschritten ist, droht sogar die Bedeutungslosigkeit regionaler Politikkonzepte, da die Machtpromotoren außerhalb der Region angesiedelt sind.

In der dualisierten Region steht die Frage im Raum, wie das Verhältnis von Binnenentwicklung und Außenorientierung konkret zu gestalten ist. Zum einen gibt es noch vorhandene Bindungen der Wirtschaftsakteure (Unternehmen, Konsumenten) an soziale und kulturelle Strukturen und Potentiale der Regionen, zum anderen sind jedoch auch starke Tendenzen zu einer funktionsorientierten Enträumlichung anzutreffen. Beispielsweise verlagern inzwischen auch mittelständische Firmen ihre Produktionsstätten aus Kostengründen nach Osteuropa (Polen, Tschechien, Ukraine, Weißrußland), gleichzeitig verbleiben jedoch die Leitung des Unternehmens, die Prototypen-Fertigung und die Entwicklungsabteilung am alten Standort. In diesem Spannungsfeld von externen Produktions-

stätten und wissensbasierten Headquartern können neue Sinnelemente regionaler Politik entstehen, die vor allem an regionalen Kompetenzen und weniger an regionalen Stoffströmen und Landschaftstypen ansetzen.

2.2 Regionalbindung aus der Perspektive der Unternehmen

Das Interesse an einem regionalen Politikansatz ist aus der Perspektive der Unternehmen an zentrale Funktionen der Leistungserstellung und der Marktorientierung gebunden. Trotz der zunehmenden Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft bleiben ein Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten und/oder sogar ganze Wirtschaftszweige an spezifische, räumliche Faktoren gebunden. Dies betrifft die Seite der Vorleistungen, die klassischen Produktionsfaktoren Boden (Natur), Arbeit, Kapital, die Absatzwege für die erstellten Produkte und Dienstleistungen und den Innovations- und Wissenstransfer. In allen Bereichen gibt es jedoch auch Faktoren, die die Regionalbindung schwächen. Die nachfolgende Übersicht versucht, dieses Spannungsfeld der Regionalbindung bezogen auf verschiedene Unternehmensfunktionen zu beschreiben.

Übersicht 3: Unternehmensfunktionen und räumliche Bindung

Funktionen	**Stärkung der Regionalbindung**	**Schwächung der Regionalbindung**
Unternehmensform, Besitzverhältnisse	Familienunternehmen, persönliche Bindungen des Eigentümers, Traditionen, Imagebindung an den Standort	Aufkauf durch größere Wettbewerber, anonyme Gesellschaftsform, Unternehmensleitung außerhalb der Region
Arbeitsbeziehungen	Regionalspezifische Qualifikationen, hohes Qualifikationsniveau	Geringe Fertigungstiefe, geringes Qualifikationsniveau
Natürliche Ressourcen	Montanindustrie (Kohle), Land- und Forstwirtschaft	Grundstoffindustrien und Landwirtschaft verlieren an Bedeutung
Vorlieferanten	Kleine Serien, regionale Spezialisierung, Einzelanfertigung, Flexibilität	Standardisierung, große Serien, kon-kurrierende Anbieter in Billiglohnländern
Marktbeziehungen	Pflege, Reparatur und Wartung der Produkte, Kundenbetreuung, Herkunftsnachweise	Transport ist ein zu geringer Kostenfaktor, Massenproduktion für große Märkte
Innovation- und Wissenstransfer	Vertrauensbeziehungen in regionalen Netzwerken, regionalspezifische Beratungsangebote	Ubiquitäre Verfügbarkeit von Wissen, Auflösung alter Transfermilieus (z.B. regionale Berufsausbildungssysteme, regionale Spezialisierungen einzelner Fachhochschulen

Quelle: eigene

Die Einflußfaktoren auf die Regionalbindung sind vielfältig. Eine große Rolle spielen die Größe der Firma und die Art der Fertigung (Massenproduktion oder kleine Serien). Formen der Regionalbindung sind beim Handwerk, kleinen Dienstleistungsunternehmen und bei den kommunalen Versorgungsunternehmen sicher eher gegeben als bei Industrieunternehmen. Von daher sollte der regionale Blick auf die Wirtschaft immer differenziert ausfallen.

Soziale und kulturelle Bindungen des Wirtschaftens sind wichtige Erfolgsfaktoren im Wettbewerb. Dies gilt auch für die weltmarktorientierten Unternehmen. Die Bedeutung von horizontalen und vertikalen Einbindungen der Unternehmen für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen betont Porter (1990). Hierzu zählt er die zwischenbetrieblichen Formen der Arbeitsteilung und Vernetzung *(„related and supporting industries")* sowie die Vernetzung der Unternehmen mit Institutionen im regionalen Umfeld, welche die Anpassungs- und Innovationsbemühungen der Unternehmen unterstützen. Diese Faktoren seien insbesondere für wissens-, technologie- und/oder designintensive Branchen/Unternehmen eine wichtige Voraussetzung für globalen wirtschaftlichen Erfolg. Ein Fazit von Porter's Studie ist: „Die ‚globale Strategie' ist ‚home-based', wobei der Bildung regionaler Unternehmenscluster, und hierfür wiederum der jeweils besonderen regionalen (Unternehmens-)Kultur und Geschichte ein besonders hoher Stellenwert zukommt." (Porter 1990, S. 182) Diese gewachsenen Produktionsbeziehungen können durch Zusammenschlüsse großer Firmen zunehmend unter Druck geraten. Der Umgang von BMW mit der britischen Tochter Rover zeigt beispielsweise, daß die regionalen Auswirkungen auf die Verkaufsentscheidung kaum eine Rolle spielten. Gleichwohl ist es auch für den neuen Eigner nach wie vor nicht beliebig, an welchem Standort in Großbritannien Autos produziert werden.

Somit ist es für regionale Standorte von großer Bedeutung, trotz weltweiter Wettbewerbsorientierung so etwas wie kulturelle Eigenständigkeit und Eigensinn[2] zu bewahren. Kultivieren bedeutet im ökologischen Kontext Pflege und Erhalt von Biotopen und Landschaften, aber auch deren angepaßte und nachhaltige Nutzung. Im Begriff der Kulturlandschaft bündeln sich humanistische, ästhetische und ökologische Wert-Schätzungen. Eine zukünftige, regionale „Kulturlandschaft der Unternehmen" steht ebenfalls in diesem Spannungsfeld von Bewahren und Verändern, von Ausbeutung und nachhaltiger Nutzung und Pflege. Das „Verorten" zwischen den Polen globaler Wettbewerbsfähigkeit und regionaler Lebensfähigkeit ist eine neue Herausforderung für das unternehmerische Handeln.

[2] Der Eigensinn ist auf der individuellen Ebene immer mit Abgrenzungen verbunden (siehe auch Landschaftsverband Rheinland 1999). Hinter diesen Abgrenzungen kann jedoch ein spezifischer Sinn stecken, den es zu entdecken lohnt. Entsprechendes gilt für den größeren sozialen Kontext von Gemeinschaften und regionalen Milieus.

Der Rückgriff auf regionale Besonderheiten ist vielfach durch rückwärts gewandte und traditionelle Sichtweisen geprägt. Insofern ist zu fragen, ob regionale Eigenständigkeit und Eigensinn auch moderne Elemente aufweisen und welchen Beitrag sie zur Entwicklung der Regionen leisten können. Ich sehe vor allem drei Punkte, die aus Sicht der Unternehmen zu einer regionalen Unternehmenskultur beitragen können:

- Erstens der Ausbau der Beziehungen und Kontakte zwischen regionalen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und regionalen Institutionen. Dies können Kooperationbeziehungen zwischen Zulieferern und Abnehmern, zwischen Anbietern und Kunden, zu FuE-Einrichtungen, zu Behörden usw. sein.
- Zweitens ein neues, nachhaltiges Standortbewußtsein der Unternehmen. Angesichts der Tatsache, daß die Bedeutung traditioneller Standortfaktoren (Naturgrundlage, Ressourcen, Umfang und Struktur des Arbeitsmarktes, Verkehrsanbindung) zurückgeht, ist eine *zunehmende Bedeutung moderner, systemischer*[3] *und ‚weicher' Standortfaktoren* zu verzeichnen, die es langfristig zu sichern gilt.
- Drittens eine Dialogbereitschaft mit regionalen Anspruchsgruppen und dem regionalen Politikumfeld aus Wirtschaft, Verwaltung, Verbänden, Wissenschaft und Bürgerinitiativen. Von daher beinhaltet eine neue Unternehmenskultur im Spannungsfeld von Unternehmensführung und regionalen Institutionen auch immer die Fähigkeit zum zielgerichteten Austausch. Lernprozesse in Unternehmen (Was können wir, was wollen wir?) brauchen ein lernfreundliches Umfeld und umgekehrt: Eine moderne Region braucht offene und austauschbereite Unternehmen.

Inititiativen für eine neue, regionale Unternehmenskultur können aus ganz unterschiedlichen Bereichen kommen (Bierter/v. Winterfeld 1998, 20). Die Vielfalt der wirtschaftlichen Aktivitäten auf der Basis regionaler Besonderheiten ist eine wichtige Basis für einen eigenständigen, regionalen Wohlstand, der nicht auf externe Transfers angewiesen ist. Hierzu beitragen können

- weltmarktorientierte Unternehmen, deren Produktion und Produkte sich durch Dematerialisierung und öko-intelligente Lösungen auszeichnen und die hieraus entsprechende Konsequenzen für die Qualifikation ihrer MitarbeiterInnen und die Anforderungen an die Produkte ihrer Vorlieferanten ziehen;
- Handwerksbetriebe, kleinere, wirtschaftsnahe Dienstleistungsunternehmen und Handelsunternehmen, die sich primär um die Qualität ihrer Produkte bemühen und nicht expansive, mengenorientierte Wachstumsstrategien verfolgen;

[3] Gemeint sind hier Faktoren wie Wirtschafts- und Innovationsklima, Kooperationsfähigkeit, aber auch die Lebens- und Umweltqualität .

- Nachbarschaftsnetzwerke, in denen marktbezogene und subsistenzorientierte Aktivitäten verbunden werden, um lokale und regionale Bedürfnisse zu befriedigen;
- bezahlte und ehrenamtliche Tätigkeiten für das Gemeinwohl, die den Menschen wieder ein Gefühl von Sinn und Nützlichkeit vermitteln.

Es geht also im Kern um eine Regionalökonomie, die aus verschiedenen Elementen besteht, die sozial, ökologisch, kulturell und ökonomisch miteinander verbunden sind.

Diese „Verbindungsarbeit“ ist als eine der zentralen Aufgaben regionaler Instanzen anzusehen. Denn in den seltensten Fällen sind noch durchgängige regionale Wertschöpfungsketten anzutreffen. Kenntnisse über die Leistungspotentiale der regionalen Betriebe sind in den Regionen häufig nicht dokumentiert oder nicht auf dem aktuellen Stand. Ehemals eigenständige, homogene Wirtschaftsmilieus, die noch ein gemeinsames Selbstverständnis für die Zukunft „ihrer“ Region entwickelten, befinden sich in Auflösung oder haben nur noch eine geringe Bedeutung. Zum Verlust der Eigenständigkeit tragen insbesondere die zahlreichen Firmenverkäufe, Zusammenschlüsse und Übernahmen in mittelständisch geprägten Branchen bei.

3 Regionale Ansätze in der Wirtschafts- und Strukturpolitik

Die regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik hat derzeit in Deutschland viele Facetten: dezentrale Regional- und Raumplanung, interkommunale Kooperation, die eigenständige Entwicklung ländlicher Räume, Stadt-Umland-Konferenzen, grenzüberschreitende Kooperationen oder die Kooperation in sog. Städtenetzen. Der Region wird als Meso-Ebene zwischen Nationalstaat und kommunalen Gebietskörperschaften eine wachsende Bedeutung zugeschrieben. Eine solche Einschätzung kommt nicht von ungefähr: Viele funktionale Zusammenhänge können tatsächlich nur noch regional gesteuert werden (z.B. Abfall-, Verkehrs- und Kulturpolitik), der Kostendruck aufgrund der Haushaltslöcher stellt viele Doppelstrukturen in den benachbarten Kommunen zur Disposition und in einem größeren Europa befürchten viele Gebietskörperschaften zu Recht, daß sie nicht mehr wahrgenommen werden.

3.1 Regionalisierte Wirtschafts- und Strukturpolitik

Die ersten Konzepte einer Regionalisierung der Wirtschafts-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik entstanden Ende der achtziger Jahre vor allem in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Hintergrund der neuen Reform- und Modernisierungskonzepte (ebd., 23 ff.) war die kritische Auseinandersetzung mit den bisherigen Förderpolitiken aus Bund und Ländern, die die Wachstums- und Ausgleichsziele der Regionalpolitik verfehlten (z.B. Erschließung neuer Märkte, Unternehmensneugründungen, Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in unterschiedlichen Teilräumen vor allem in altindustriellen Regionen und in denen durch die Landwirtschaft geprägten Räumen). Kritisiert wurde die fehlende Vernetzung einzelner Politikfelder, ein unzureichender regionalspezischer Problemzugang sowie die mangelnde Einbeziehung Betroffener in den Regionen. Die Vorgabe von wirtschafts- und strukturpolitischen Zielen im Rahmen eines Top-Down-Ansatzes wurde als Steuerungsmodell infrage gestellt (Hahne 1988, Läpple 1989, Kruse 1990, Fürst 1993, Voelzkow 1994).

Der programmatische Rahmen und die politischen Vorgaben für eine Regionalisierung der Strukturpolitik gingen in der Regel auf die Wirtschaftsministerien der Bundesländer zurück. Es wurden zahlreiche Regionale Entwicklungskonzepte (REKs) im Rahmen dezentraler und beteiligungsorientierter Verfahren erstellt, die querschnittsorientiert verschiedene Politikfelder (Wirtschafts- und Strukturpolitik,

Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Infrastruktupolitik, Umweltpolitik, Gleichstellungspolitik) miteinander verbinden sollten.[4] Die Umsetzung dieser Konzepte erfolgte zum einen über die Stärkung oder Neugründung regionaler Instanzen (Regionalbüros, Regionalagenturen, regionale Wirtschafts- und Technologieförderung) zum anderen über die Förderung von Projekten.[5]

Bei der weiteren Verankerung und Differenzierung regionaler Entwicklungskonzepte wurde das Bemühen deutlich, Unternehmen direkt in regionale Gestaltungsprojekte einzubeziehen. Im Unterschied zur einzelfallbezogenen Wirtschaftsförderung geht es im regionalen Kontext hierbei vor allem um die Stärkung von Kooperationsbeziehungen: entweder als lose gekoppelte Netzwerkbeziehungen zwischen den Unternehmen oder als temporär begrenzte Projektpartnerschaften (auch unter Einbeziehung regionaler Institutionen). Durch die regionale Vernetzung sollen kleine und mittlere Betriebe (KMUs) in ihrer Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden. Hiervon werden positive regionalpolitische Effekte erwartet, wie die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung, die Bündelung und Neukombination von Potentialen, die Modernisierung von Produktion und Verwaltung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Das Verständnis regionaler Modernisierung blieb im Zuge einer stärkeren Unternehmensorientierung nicht nur an technischen Leitbildern orientiert. Regionale Modernisierung wird als ein integrierter Zielkontext verstanden, der die verschiedenen Bereiche regionaler Entwicklung befähigen soll, erfolgreich am nationalen und internationalen Wettbewerb teilzunehmen. „… als Entwicklungsprozeß markiert Modernisierung eine spezifische Form zielgerichteten Handelns des politisch-administrativen, des sozio-ökonomischen und des sozio-kulturellen Systems“ (Lompe et al 1996, 44). Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit soll durch ein Set abgestimmter Maßnahmen erreicht werden: Hierzu zählen die Förderung von Strukturwandel und Innovation, aber auch die Erhöhung des Demokratisierungsgrades über neue Partizipationsstrategien und die Erhöhung der Raum-, Umwelt- und Sozialverträglichkeit ökonomischen Handelns (ebd.). Als Konsequenz dieses erweiterten Modernisierungsverständnisses wurden z.B. in Nordrhein-Westfalen die Förderprogramme ADAPT und QUATRO aufgelegt, die Wettbewerbsfähigkeit durch Organisationsentwicklung, Beteiligung und Qualifizierung der Mitarbeiter sowie Kooperation der Unternehmen erzielen wollen.

[4] Vgl. zusammenfassend für die Konzepte in Nordrhein Westfalen Heinze, R.G./Voelzkow (1997) und für Niedersachsen Lompe (1995).

[5] Vor diesem Hintergund wurden in zahlreichen Regionen Zielfindungsprozesse eingeleitet und über prozedurale Verfahren (Lenkungsgruppen, Regionalkonferenzen, regionale Arbeitsgruppen) abgesichert. Ergebnis dieser Zielfindungsprozesse waren in der Regel Regionale Entwicklungskonzepte (REKs), in denen der ökonomische, soziale, ökologische und gleichstellungspolitische Handlungsbedarf umrissen und in Form von Handlungsfeldern und Projektbereichen einer ersten Operationalisierung zugeführt wurde.

Mit wenigen Ausnahmen blieb die Umsetzung ökologischer Ziele jedoch eine Randerscheinung. Hintergrund dieser Zurückhaltung ist ein Wettbewerbs- und Standortverständnis, welches Ökologie mit dem nachsorgenden Umweltschutz gleichsetzt, der in der Tat sehr kostenträchtig ist, und diesen dann als Wettbewerbshemmnis einstuft (Robinet/Lucas 1994).[6] Im Rahmen eines solchen Problemverständnisses wird der Staat mit seinen Regulierungsmöglichkeiten (Gesetze, Vorordnungen, Bereitstellung von Rahmenbedingungen) als wesentlicher Akteur der Umweltpolitik gesehen, die Unternehmen als proaktive Akteure der Umweltpolitik mit ihren eigenen, (auch regionalen) Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten bleiben außen vor.

Vor diesem Hintergrund gibt es im Kontext der Regionalentwicklung einen Nachholbedarf in Sachen ökologischer Unternehmenspolitik. Ökologische Innovation – als ein Teilelement möglicher neuer regionalwirtschaftlicher Bindungen und Vernetzungen – sind bisher nicht systematisch untersucht.

3.2 Regionale Nachhaltigkeit

Der Begriff der ‚Nachhaltigen Entwicklung' ist vor allem durch den Bericht der sogenannten Brundtland-Kommission in die internationale Politik eingeführt worden (Harborth 1991). „Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können" (WECD 1987, 46). Nachhaltige Entwicklung ist mit einer dreidimensionale Zielperspektive verbunden: Es geht um ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit.

Eine Diskussion über Ziele und Methoden *regionaler* Nachhaltigkeit macht eine Verständigung über den Zusammenhang von Regionalität und Nachhaltigkeit notwendig. Ansonsten besteht die Gefahr, daß Nachhaltigkeit als unverbindliche Metapher für alles Gutgemeinte und Zukunftsträchtige herhalten muß.

Regionale Ansätze und Entwicklungskonzepte betonen die raumgebundene Kontextabhängigkeit wirtschaftlichen und sozialen Handelns. Allerdings geschieht dies aus unterschiedlichen Anlässen und mit unterschiedlichen Zielsetzungen. Das Spektrum reicht hier von weltmarktorientierten Modernisierungsansätzen (Lehner/Schmidt-Bleek/Kilper 1995) bis zur eigenständigen Regionalentwicklung (PRO REGIO 1997). Insofern existieren in jeder Region unterschiedliche raumbezogene Entwicklungsperspektiven, mit denen sich auch die Ansätze einer nachhaltigen Regionalentwicklung auseinandersetzen müssen.

---

[6] In den programmatischen Aussagen der meisten Regionalen Entwicklungskonzepte wird das Thema Umwelt unter den Stichworten Verkehr, Energie, Abfall im Sinne der Gestaltung von Infrastrukturen abgehandelt oder mit Bezug auf die Umweltmedien Boden, Wasser, Luft als grenzensetzender Faktor für wirtschaftliche Aktivitäten angesehen wird.

Auf der Ebene der Landespolitik wurden in Nordrhein-Westfalen durch ressortbezogene Strategien (z.B. Wirtschaft, Arbeit, Kultur) sehr unterschiedliche Regionen gebildet. Im Rahmen der regionalisierten Strukturpolitik des Landes sind die Kammerbezirke die Grundlage für regionale Einheiten. Ein derartig administratives Vorgehen zur regionalen Abgrenzung ist unter Nachhaltigkeitsaspekten jedoch problematisch. Bereits die drei Gestaltungsdimensionen – sozial, ökologisch und ökonomisch – weisen in der Regel unterschiedliche räumliche Bezugssysteme auf. So ist zum Beispiel der Naturraum nicht mit dem Arbeitsamtsbezirk oder Kammerbezirk identisch.

Vor diesem Hintergrund sollte geprüft werden, ob der formale Handlungsrahmen einer administrativen Regionalabgrenzung für das jeweilige Nachhaltigkeitsproblem adäquat ist. Vielleicht ist es auch besser, eine noch kleinere Raumgröße zu wählen (Kommune, Quartier) oder auf die nächst höhere Ebene zu gehen (Bundesländer, Nationalstaat). Auch sollte die Möglichkeit beachtet werden, daß durch Vernetzung der Akteure und Potentiale neue Aktionsräume entstehen können. Für ein regionales Stoffstrommanagement, welches sich in einem Funktionszusammenhang von Produktion – Nutzung – Wieder- und Weiterverwendung abspielt, können sich bestehende, administrative Raumabgrenzungen auch als Hindernis erweisen. Es ist wahrscheinlich, daß eine funktionsbezogene Problemlösung in unterschiedlichen Handlungsfeldern und Branchen unterschiedlicher Raumgrößen bedarf. Von daher entspricht ein prozessualer Regionsbegriff eher den Zielen und Problemstellungen nachhaltiger Entwicklung.

Was ist nun unter *regionaler* Nachhaltigkeit konkret zu verstehen? Regionale Nachhaltigkeit kann allgemein definiert werden als Substanzerhalt ökologischer, sozialer und ökonomischer Reproduktions- und Produktionsvoraussetzungen in Teilräumen (Busch-Lüty 1992, Lucas/Hesse 1992). Unter der Bedingung einer arbeitsteiligen Gesamtwirtschaft hat die nachhaltige Regionalentwicklung drei *raumbezogene* Gestaltungsebenen:

1. Potentialerhalt und bestmögliche Nutzung *regionsinterner* Ressourcen
2. Potentialerhalt und bestmögliche Nutzung *regionsexterner* Ressourcen
3. Bestimmung der Ressourceneffizienz im *Verhältnis* regionsinterner und
4. regionsexterner Ressourcennutzungen.

Die Orientierung an Potentialen löst allerdings noch nicht die Frage des raumbezogenen „Wofür“. Beispielsweise ist der Erhalt des Reichtums einer Region an gering belasteten Quellen und Oberflächengewässern in einer intakten Landschaft für sich genommen nicht nachhaltig, wenn die dahinterstehenden Nutzungskonzepte (z.B. Trinkwasserversorgung) auf einseitigen räumlichen Funktionszuweisungen (z.B. ländliche Region als Wasserreservoir für eine Großstadt) und einem verschwenderischen Umgang mit Wasser beruhen. Ein unmittelbarer Zusammenhang von Zielen, deren Umsetzung und der beabsichtigten Folge-

wirkung kann jedoch in vielen Anwendungsfällen nicht geplant oder vorausgesagt werden. Von daher ist zu beachten, daß regionale Nachhaltigkeit als ein zukunftsbezogener gesellschaftlicher Lern-, Such- und Gestaltungsprozeß durch Unwissen, Unsicherheit und vielfältige Konflikte geprägt sein kann (Minsch u.a.1997, 16 ff.).

Diese Suchprozesse werden vielfach in Form von Projekten organisiert. Beispielsweise wurde in der Region Trier das Ziel verfolgt, den Anteil von regionsinternen Ressourcennutzungen zu erhöhen (z.B. Energieversorgung mit Restholzabfällen aus den regionalen Waldbeständen, Versorgung mit regional erzeugten Lebensmitteln) (z. B. Spehl/Tischer 1994, NARET 1996). Des weiteren wird in vielen regionalen Projekten eine Regionalisierung von Produkt- und Stoffkreisläufen angestrebt, um damit die ökologische Transportbilanz zu verbessern.

Die Veränderung großräumiger Versorgungs- und Produktionsstrukturen stößt allerdings auf Grenzen: Vielfach sind auf der regionalen Ebene die Voraussetzungen für die Restrukturierung regionalen Wirtschaftens nicht mehr gegeben, da z.B. die regionalen Potentiale zu gering sind, um den regionalen Versorgungsgrad zu erhöhen. Von daher sollte am Beginn eines nachhaltigen Entwicklungsprozesses ermittelt werden, welche Bereiche sich überhaupt (noch) für eine Re-Regionalisierung eignen bzw. welche auch nicht.

4 Gute Beispiele und ihre Grenzen

Inzwischen gibt es zahlreiche Beispielsammlungen von „good- oder best-practice-Projekten“ einer nachhaltigen Regionalentwicklung.[7] Diese Zusammenstellungen erfüllen sicher ihren Zweck, wenn sie zum Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen beitragen. Sie können allerdings nicht generell als Beleg für das Voranschreiten *regionaler* Agendaprozesse[8] genommen werden, da die strukturelle Verankerung dieser Projekte in der Regionalpolitk nach wie vor ein zentrales Problem darstellt. Auch ist offensichtlich, daß das Nachhaltigkeitsverständnis in den Regionen und Projekten sehr unterschiedlich ausgeprägt ist und es allenthalben an verläßlichen und praktikablen Indikatoren fehlt, um Fortschritte in Sachen regionaler Nachhaltigkeit beurteilen zu können.

Trotz dieser Einschränkungen möchte ich auf zwei innovative Netzwerkbeispiele eingehen. Sie machen deutlich, daß neue Organisationsformen eine zentrale Erfolgsbedingung für eine Nachhaltigkeitspolitik auf der regionalen Ebene sind.

Der Aufbau von dezentralen Verwertungsnetzen (regionale Material- und Recyclingverbünde) ist ein wichtiger Ansatz, um Stoffströme räumlich enger zu führen. Potentiale hierfür existieren vor allem im Bereich der Verwertung und Weiterverwendung von langlebigen Konsumgütern wie Möbel, Autos, Haushaltsgroßgeräten, Unterhaltungselektronik und Computern.

---

[7] Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (http://www.bbr.bund.de/) in Bonn führt seit 1997 den bundesweiten Wettbewerb „Regionen der Zukunft“ durch. Der Wettbewerb dient dabei auch als Plattform für den Erfahrungsaustausch zwischen den Wettbewerbsregionen und Regionen, die nicht am Wettbewerb teilgenommen haben. Hierzu wurde u.a. eine umfangreiche Good Practices-Projektdatenbank aufgebaut. (www.zukunftsregionen.de/main.htm). Im „Online Forum Stadtökologie“ (http://www.difu.de/stadtoekologie) finden sich weitere zahlreiche Projektbeispiele für die Verbindung von Wirtschaft, Arbeit und Umwelt. REGINET ist eine Datenbank, die der Deutsche Verband für Landschaftspflege e.V. (http://www.lpv.de/) im Rahmen eines durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) geförderten Projektes aufgebaut hat. Im Verzeichnis des DVL aus dem Jahr 1998 werden über 230 Regionalinitiativen bzw. -projekte aus dem gesamten Bundesgebiet erfaßt. Inhaltlicher Schwerpunkt sind Regionalvermarktungsinitiativen aus dem Bereich der Landwirtschaft.

[8] Die Agenda 21 ist ein Zielkanon zur nachhaltigen Entwicklung basierend auf den Beschlüssen der Konferenz der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro (vgl. BMU 1997). In Kapitel 28 werden beteiligungsorientierte Verfahren in den *kommualen* Gebietskörperschaften angeregt, um Strategien und Maßnahmen zur Zukunftssicherung zu entwickeln. Eine *regionale* Agenda hat einen gemeindeübergreifenden Raumbezug und benötigt daher auch entsprechende Formen der interkommunalen Kooperation.

4.1 Verwertung von Elektronikschrott im Rahmen eines regionalen Netzwerkes in der Region Aachen

Im Bereich des Elektro(nik)schrotts gibt es noch erhebliche ungenutzte Verwertungspotentiale. Nach einer Einschätzung des Bundesumweltministeriums fielen 1998 in Deutschland ca. 1,8 Mio. Tonnen Elektroschrott an. Die Tendenz ist weiter steigend, da die kurzen Innovationszyklen in der Computerbranche zu einer schnellen Entwertung der Altgeräte führen. Es wird mit Steigerungsraten von bis zu 10 % p.a. gerechnet. Weitere Einschätzungen des Umweltministeriums besagen, daß derzeit ca. 900 Mio. elektrische und elektronische Geräte allein in deutschen Haushalten in Gebrauch sind. Vor diesem Hintergrund kommt einem ökologisch-orientierten Stoffstrommanagement eine besondere Bedeutung zu.

Die Verwertung der Geräte sollte möglichst dezentral und logistisch optimiert erfolgen, um nicht durch lange Transportwege oder gering ausgelastete Fahrten die Ökobilanz des Recyclings zu verschlechtern.[9] Ein gelungenes Beispiel für einen derartigen Ansatz ist der „Kooperationsverbund Elektro(nik)schrott in der Region Aachen“ (G.I.B./ISA-CONSULT 1999). Der Kooperationsverbund ist ein Zusammenschluß von sechs eigenständigen Unternehmen sowie Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern aus der Region Aachen. Er hat zusammen mit den entsorgungspflichtigen Körperschaften ein Entsorgungsnetzwerk für Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik und Computer aufgebaut. Rechte und Pflichten sind in einem Kooperationsvertrag geregelt. Die koordinierte Nutzung von Know-how und Kapazitäten (Akquisition, Qualifizierung, Betriebsführung, Verwertung, Entsorgung, Transport) sichert eine ökonomisch wie ökologisch optimale Abwicklung. Die Betriebe haben sich zunehmend professionalisiert und zu stabilen Wirtschaftseinheiten entwickelt, die Beschäftigung schaffen und ausbilden. So werden benachteiligten Personen auf dem Arbeitsmarkt neue Berufsperspektiven eröffnet. Ein wesentlicher Erfolg ist die hohe Vermittlungsquote von über 60 %. Voraussetzung hierfür war auch die Zertifizierung der Ausbildungs- und Qualitätsstandards durch die Industrie- und Handelskammer. Aktuell steht der Kooperationsverbund vor der Herausforderung, die Entsorgungsfachbetriebe in soziale Wirtschaftsunternehmen zu überführen.

Eine zentrale Erfolgsbedingungung dieses Projektes war der Beschluß der beteiligten Gebietskörperschaften (Stadt Aachen, Kreis Düren und einigen Gemeinden im Kreis Aachen), eine Änderung der bisherigen Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallsatzungen vorzunehmen, um die elektr(on)ischen Altgeräte flächendeckend einer gesonderten Verwertung zuzuführen. Damit wurde eine Grundlage für betriebswirtschaftliches Handeln bei den beteiligten Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern geschaffen. Das Projekt zeigt, daß es möglich ist, auf der Basis

[9] Ermann (1999) verweist am Beispiel regionaler Brauereien in Franken, daß dezentrale Produktionsstrukturen, kurze Entfernungen und direkte Kontakte zwischen Erzeugern und Verbrauchern noch nicht per se ein geringeres Verkehrsaufkommen garantieren.

eines Konsenses von gemeinnützigen Trägern, Unternehmen und Kommunen in einer Region Umweltschutz und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wirksam miteinander zu verbinden. Es wurden neue, regionale Verwertungs- und Entsorgungswege entwickelt und damit Impulse für einen ökologischen Strukturwandel und eine aktive Arbeitsmarktpolitik ausgelöst.

4.2 Erhalt dezentraler Verwertungsstrukturen in der Autoverwertung im Oberbergischen Kreis

Die kleinen und mittelständischen Autoverwerter befinden sich seit einiger Zeit in schwierigem Fahrwasser. Hierzu haben folgende Faktoren beigetragen:

1. Die Kosten für die Altautoentsorgung liegen derzeit beim letzten Fahrzeughalter, der im Vergleich zum durchschnittlichen Autobesitzer eher den unteren Einkommensklassen zuzurechnen ist. Vielfach wird versucht, auch für kaum noch funktionsfähige Fahrzeuge, Erlöse zu erzielen und so die Kosten für eine umweltgerechte Entsorgung zu umgehen.
2. Vor allem in Richtung Osteuropa und Afrika hat sich ein reger Handel mit Altfahrzeugen entwickelt. Durch den zunehmenden Export alter, gerade noch funktionsfähiger Fahrzeuge hat sich die Anzahl der in Deutschland entsorgten Fahrzeuge erheblich verringert.
3. Vor diesem Hintergrund stagnieren zwei wichtige Geschäftsbereiche der Autoverwerter: der Handel mit gebrauchten Autoteilen und das Recycling von Wertstoffen. Durchgeführte Investitionen zur Erreichung bestimmter Umweltstandards und in die Qualifikation von Arbeitskräften erweisen sich als wenig ertragreich.
4. Die derzeit ungenügende Auslastung gefährdet Betriebe und Arbeitsplätze.[10] Gleichzeitig hat in der Branche ein Konzentrationsprozeß eingesetzt. Viele kleinere Betriebe sind bereits vom Markt verschwunden und damit auch vielfach die kleinteiligen, regionalen Entsorgungsstrukturen.
5. Insbesondere in den ländlichen und peripheren Regionen Nordrhein-Westfalens droht ein weitgehender Rückzug klein- und mittelständischer Firmen aus der Alt-autoverwertung und damit ein weiterer Verlust an Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in strukturschwachen Regionen.

Vor diesem Hintergrund haben sich im Oberbergischen Kreis in einem Arbeitskreis der Regionalen Agenda 21 fünf Firmen und Vertreter der Kreisverwaltung über die Ausgangssituation und den Handlungsbedarf in der Altautoverwertung verständigt (IÖW 1999). Der erzielte Konsens zwischen den beteiligten Firmen und dem Oberbergischen Kreis über die notwendige Modernisierung der Lager-

[10] Der bvse (Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung) in Bonn gibt an, daß 80 % der Firmen nicht ausgelastet sind. (Frankfurter Rundschau vom 9.09.1999, 16)

haltung und des Marketings bot eine geeignete Grundlage, um sich um Fördermittel im Landesprogramm QUATRO zu bemühen. Seit Dezember 1999 liegt ein Bewilligungsbescheid für ein Beratungs- und Qualifizierungsprojekt vor. Zentrales Ziel des Projektes ist es, in enger Kooperation mit den fünf Unternehmen die Lagerhaltung und den Verkauf gebrauchter Autoteile neu zu organisieren. Der Bestand an gebrauchten Teilen wird über eine gemeinsame Datenbank gebündelt und den Endkunden über Internet zugänglich gemacht.

Das Projekt verfolgt einen regionalen Ansatz (Lucas 2000). Die Fahrzeuge sollen in der Region des letzten Fahrzeughalters verwertet werden. Als Anreiz hierfür werden neue Dienstleistungen und Marketinginstrumente entwickelt. Der Ausbau der regionalen Marktanteile gegenüber dem Export von Gebraucht-fahrzeugen ist ein wichtiger Hebel, um Umsätze und Arbeitsplätze in der Branche der Autoverwerter zu steigern. Der regionale Ansatz entspricht auch der Freiwilligen Selbstverpflichtung (FSV) zur Etablierung „von kundenfreundlichen und dezentralen Lösungen“, die die Autohersteller im Rahmen der Altautoverordnung eingegangen sind.

4.3 Grenzen der aufgeführten Beispiele

Die weitere Marktentwicklung im Bereich des Konsumgüterrecyclings ist durch erhebliche Unsicherheiten geprägt. Umstritten ist derzeit z.B. im Rahmen der Altautoentsorgung, wer die Entsorgungskosten tragen soll. Es ist zu erwarten, daß sich zunehmend Umlagemodelle durchsetzen, in denen zumindest ein Teil der Entsorgungskosten bereits beim Kauf der Neuware entrichtet werden muß. Im Zuge dessen werden sich die Einnahmequellen vom Ende der Produktkette hin zu den Produzenten verschieben, die damit auch über das ökonomische Potential verfügen, Re-Distribution und stoffliche Verwertung nach ihren Kriterien neu zu gestalten (z.B. über bestehende Händlernetze, wie bereits in einigen Fällen bei Kopierern und Computern praktiziert). Eine solche Entwicklung kann zu einer stärkeren Zentralisierung in der Abfallwirtschaft führen, wie das Beispiel Duales System Deutschland (DSD) zeigt. Durch das DSD-System im Bereich der Verpackungsabfälle wurden vorhandene Ansatzpunkte für dezentrale Lösungen in der Abfallwirtschaft geschwächt.

Unabhängig vom Organisationsmodell der Redistribution sind einer dezentralen Kreislaufwirtschaft vor allem durch ökonomische Faktoren Grenzen gesetzt (Lucas 2000). Hierzu gehören:

- eine weitgehende räumliche Arbeitsteilung und Spezialisierung in der industriellen Produktion zu Nutzung von Mengeneffekten (economics of scale) und eine darauf aufbauende zentralisierte Organisation der gewerblichen Abfallwirtschaft;

- zu niedrige Rohstoff- und Energiepreise und Transportkosten im Verhältnis zu den Kosten für Separierung, Aufarbeitung, Reparatur und Recycling. Dies führt zu Marktpreisen für recycelte Materialien, die über den Preisen der Neuware liegen.
- der abnehmende Einfluß kommunal eingebundener Unternehmen aufgrund von Privatisierung und Konzentrationsprozessen in der Entsorgungswirtschaft,
- geringe Erlösaussichten in den Sekundärrohstoffmärkten.

5 Chancen für ein innovatives Regional-management in Zwischenräumen

Folgt man einem erweiterten, nicht nur ökonomischen Verständnis von Globalisierung so ergeben sich gemeinsame Schnittmengen zwischen den Zielen einer regionale Nachhaltigkeit und der nach außen orientierten Wettbewerbsfähigkeit, die ich zunächst in Form allgemeiner Zielkorridore beschreiben möchte:

- Erhalt der endogenen Potentiale in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht,
- Wertschätzung regionaler Lebensqualität als Standortfaktor im internationalen Wettbewerb,
- Pflege gemeinsamer Werte wie multikulturelle Vielfalt und Weltoffenheit und
- Durchführung sozialer Innovationen und institutioneller Reformen.

Für die Umsetzung dieser Ziele bedarf es neuer politischer Formen des Regionalmanagements (Fürst 1998, 239 ff.). Die regionalpolitische Herausforderung besteht darin, sich nicht nur ausschließlich mit Problemen und Krisen zu befassen, sondern Experimentierfelder für neue Ideen und Ansätze zu schaffen. Die korporatistischen Verfahren[11] der regionalisierten Strukturpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen (Heinze/Voelzkow 1997, Landtag Nordrhein-Westfalen 1999) sind aus meiner Erfahrung heraus wenig geeignet, neue Wege zu beschreiten. Nur dort, wo es gelang, über Regionalforen und Entwicklungsagenturen Projekte unter Beteiligung regionaler Akteure anzustoßen, kam es zu zeitweisen und punktuellen „innovativen Allianzen“ (Hilbert 1997), deren strukturelle Rückbindung aber ein fortwährendes Problem blieb.

Auch wenn der programmatische Anspruch einer nachhaltigen Entwicklung weitergehender ist – vor allem hinsichtlich der Berücksichtigung ökologischer Zielsetzungen sowie des Aspekts der intergenerativen und interregionalen Gerechtigkeit – so lassen sich aus den Verfahrensweisen der regionalisierten Strukturpolitik und ihren Problemen wichtige Schlußfolgerungen für Konzeptionen „regionaler Nachhaltigkeit“ bzw. „regionaler Agenden“ ziehen. Gelernt werden kann zum Beispiel, daß große programmatische Konzepte und lange, allgemeine Zielkataloge wenig zur Zielerreichung beitragen.

[11] Unter Korporatismus im Bereich der Wirtschaftspolitik werden Systeme zur ausdrücklichen Verhaltensabstimmung zwischen administrativen Instanzen, der Politik und Interessensverbänden der Wirtschaft (einschl. Gewerkschaften) verstanden (Gäfgen, 45 ff.).

Ein an nachhaltigen Zielen orientiertes Regionalmanagement kann auch das Vakuum nutzen, welches die nationalstaatlichen Politikebenen in den Regionen hinterlassen haben, indem sie in immer größerem Maße Steuerungskapazitäten an supranationale Instanzen abgeben. Meine zentrale These lautet: Durch die Globalisierung und die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen entstehen neue, noch nicht besetzte Zwischenräume, die von den Regionen für eigene, gestaltende Politikansätze genutzt werden können. Insofern plädiere ich – in Anlehnung an Thomas Sieverts Überlegungen zur „Zwischenstadt" (Sieverts 1999)[12] – für ein *innovatives Regionalmanagement in Zwischenräumen*. Zwischenräume sind aus meiner Sicht noch nicht eindeutig geprägte und geformte Aktionsräume, in denen aus dem Spannungsreichtum einer auch nur zeitweisen „Unordnung" und „Unsicherheit" neue Perspektiven entwickelt werden können.

Gefragt ist eine *Neuerfindung des Regionalen*, welches die Schnittmengen zwischen regionaler Eigenständigkeit und Außenorientierung als neues Aktionsfeld entdeckt und in überschaubaren Projekten bearbeitet. Damit dies gelingt, müssen Arbeitsformen und Diskussionskulturen geschaffen werden, in denen es Spaß und Freude bereitet mitzumachen. Nur so können die kreativsten Köpfe der Region gewonnen werden. In diesem Sinne sollte durch die Regionalpolitik auf einzelne Unternehmen zugegangen werden, die bereits heute mit Universitäten, Fachhochschulen und Technologiezentren kooperieren.

Meine *abschließende Empfehlung* lautet, die Grundidee der nachhaltigen Regionalentwicklung in regionale Innovationssysteme einzubetten (wozu ich vor allem die zahlreichen Technologie- und Transferzentren und die Fachhochschulen zähle), damit diese auch im Bereich der Wirtschaft praktische Impulse auslösen kann. Hierbei sollte folgendes beachtet werden:

- Die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (im Sinne einer evolutionären Potential-entwicklung sozialer, ökologischer und ökonomischer Faktoren) werden in den regionalen Modernisierungsdiskursen als strategisches Element berücksichtigt.
- Der Zielkanon von Modernisierung und Innovation umfaßt technische, institutionelle, ökologische und soziale Aspekte.[13]
- Das Prozeßverständnis von Modernisierung verabschiedet sich von den einseitigen Vorstellungen einer Top-Down Implementation und berücksichtigt stärker partizipative und dezentrale Elemente der Entwicklung.

[12] Die „Zwischenstadt steht zwischen dem einzelnen, besonderen Ort als geographisch-historischem Ereignis und den überall ähnlichen Anlagen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, zwischen dem Raum als unmittelbarem Lebensfeld und der abstrakten, nur in Zeitverbrauch gemessenen Raumüberwindung, zwischen der auch als Mythos noch sehr wirksamen Alten Stadt und der ebenfalls noch tief in unseren Träumen verankerten Alten Kulturlandschaft." (Sieverts 1999, 14).

[13] Vgl. auch Paul Klemmer (1999): Umweltinnovationen – institutionenökonomische Überlegungen. Manuskript.

- Es werden regionale Managementkapazitäten bereitgestellt, um die vielfältigen Integrationsaufgaben zu bewältigen.

Den letzten Punkt möchte ich noch einmal besonders herausstellen, da er für die Umsetzung eines *innovativen Regionalmanagements* besonders wichtig ist. Die Managementaufgabe ist nämlich mit dem Ziel einer nachhaltigen Regionalentwicklung noch größer geworden: Es geht um die Transformation einer komplexen und auf Langzeitwirkung ausgerichteten Programmatik in bestehende regionale Handlungssysteme, die durch Konkurrenz- und Ressortdenken, Zuständigkeitsgerangel und Pragmatismus geprägt sind. Die verfestigten Alltagsroutinen können zu erheblichen Anschluß- und Umsetzungsproblemen nachhaltiger Konzepte führen. Von daher sollten in den regionalen Handlungssystemen Managementkapazitäten geschaffen werden, die zwischen anspruchvollen und langfristigen Zielen der Nachhaltigkeit und der Praxisorientierung und Pragmatik des Verwaltungshandelns systematisch vermitteln. Die Überwindung unterschiedlicher Arbeits- und Denkweisen ist eine entscheidende Voraussetzung, um die produktiven Schnittmengen bzw. gemeinsamen Nutzenpotentiale veschiedener Akteure erschließen zu können. Erst auf dieser Grundlage können die sozialen, ökologischen und ökonomischen Ziele zu Win-win-win-Strategien gebündelt werden.

Dieses Management von Schnittstellen und Schnittmengen (Schneidewind 1998, 48 ff.) ist auf soziale und organisatorische Innovationen in den bestehenden regionalen Einrichtungen und Unternehmen angewiesen (Lucas 1998b). Die innovative Herausforderung besteht vor allem in der schrittweisen Veränderung der auf Teillösungen ausgerichteten Arbeitsroutinen, um die komplexen Fragen einer nachhaltigen Zukunftsgestaltung der Regionen bewältigen zu können.

Literatur

Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? Edition Zweite Moderne. Frankfurt.

Blaffert, Susanne (1996): Theorie und Praxis von Konzepten regionaler Selbstorganisation – am Beispiel von neuen Institutionen der Regionalentwicklung in Nordrhein-Westfalen. Berichte aus dem Institut für Raumplanung 36. Dortmund.

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1997): Umweltpolitik – Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente. Bonn.

Busch-Lüty, Christiane/Dürr, Hans-Peter/Langer, Hanns(1992): Ökologisch nachhaltige Entwicklung von Regionen. Sonderheft 6 der Politischen Ökologie. München.

Butzin, Bernhard (1996): Kreative Milieus als Elemente regionaler Entwicklungsstrategien? Eine kritische Wertung. In: Maier, J. (Hg., 1996): Bedeutung kreativer Milieus für die Regional- und Landesentwicklung. Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung der Universität Bayreuth, Heft 153, S. 9-37.

Camagni, Roberto (1991): Local „Milieu“, uncertainty and innovation networks – towards a new dynamic theory of ecoconomic space. In: Ders. (Hg.): Innovations networks – spatial perspectives. London, New York. S. 121-144.

DIW – Deutsches Institut Für Wirtschaftsforschung (2000): „Kräftige Steigerung der Exporte nach Nordamerika“. In: DIW-Wochenbericht 6/2000. Berlin.

Dörsam, Pia/Icks, Annette (1997): Vom Einzelunternehmen zum regionalen Netzwerk: Eine Option für mittelständische Unternehmen. Stuttgart.

Ermann, Ulrich (1999): Verkehr vermeiden durch regionales Wirtschaften? – Überlegungen am Beispiel der Brauwirtschaft. In: Verkehrszeichen 3/99, 15 Jg., S. 25-29.

Fürst, Dietrich (1996): Regionalentwicklung: von staatlicher Intervention zur regionaler Selbststeuerung. In: Selle, Klaus (Hrsg.): Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft. Wiesbaden und Berlin. S. 91-99.

Fürst, Dietrich (1998): Regionalmanagement als neues Instrument regionalisierter Strukturpolitik. In: Kujath, H. J. (1998) (Hg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Berlin. S. 233-249.

G.I.B./ ISA-CONSULT (1999): Kooperationsverbund Elektro(nik)schrott-Recycling in der Region Aachen, Bottrop.

Gäfgen, Gerard (1988): Kooperative Wirtschaftspolitik, neuer Korporatismus und Wirtschaftsordnung. In: Klaus/Klemmer: Wirtschaftliche Strukturprobleme und soziale Frage – Analyse und Gestaltungsaufgaben. Berlin. S. 41-52.

Ganzert, Christian/ Depner, Gabriele (1996): Regionale Initiativen für eine nachhaltige Landbewirtschaftung. In: Linckh/Sprich/Flaig/Mohr: Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. Berlin.

Hahne, Ulf (1999): Integrierte regionale Entwicklungskonzepte – Begriffsbestimmung, Anspruch und Realität. Universität Gesamthochschule Kassel. Kassel.

Harborth, Hans-Jürgen (1993): Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung, 2. Aufl., Berlin.

Heinze, Rolf G./ Voelzkow, Helmut (Hrsg.) 1997: Regionalisierung der Strukturpolitik in NRW. Opladen.

Hilbert, Josef (1997): Vom „runden Tisch“ zur innovativen Allianz? Stand und Perspektiven des Zusammenspiels von regionalen Innovationssystemen und Qualifizierung. In: Dobischat, R./Husemannn, R. (Hg.): Berufliche Bildung in der Region. Zur Neubewertung einer bildungspolitischen Gestaltungsdimension. Berlin, S. 65-86.

ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (1997): Nachhaltige Regionalentwicklung in Nordrhein-Westfalen. ILS-Schriften 129. Dortmund.

IÖW – Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (Hrsg.): Regionale Agenda 21 im Oberbergischen Kreis. Schriftenreihe des IÖW 144/99. Berlin.

Kilper, Heiderose (Hrsg.) o. J.: Steuerungseffekte und Legitimation Regionaler Netzwerke. Gelsenkirchen.

Klemmer, Paul (1999): Umweltinnovationen – institutionenökonomische Überlegungen. Bochum. Manuskript.

Krafft, Alexander./ Ulrich, Günter (o. J.): Die Regionalisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik in systemtheoretischer Perspektive. In: Kilper (Hrsg.) o. J., Steuerungseffekte und Legitimation Regionaler Netzwerke. Gelsenkirchen. S. 56-68.

Krafft, Alexander/ Ulrich, Günter (1993): Chancen und Risiken regionaler Selbstorganisation, Opladen.

Krumbein, Wolfgang (1996): Clusterpolitik. Einige Anmerkungen zu den Problemen einer regionalen Industriepolitik. In: Neue Industriepolitik im gesellschaftlichen Konsens? Zur Rolle der Gewerkschaften im Umstrukturierungsprozess von Branchen und Regionen. Düsseldorf.

Kujath, Hans Joachim (1998): Zwischen Marginalisierung und Aufstieg. Regionen unter dem Einfluß technologischen Wandels und industrieller Restrukturierung. In: Ders. (1998) (Hg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Berlin. S. 83-107.

Landschaftsverband Rheinland – Rheinisches Industriemuseum Solingen (1999): Arbeit – Pause – Eigen-Sinn. Begleitdokumentation zur gleichnamigen Ausstellung. Solingen.

Landtag Nordrhein-Westfalen (1999), Drucksache 12/4357: 10 Jahre regionalsierte Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen. Anwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 13 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Drucksache 12/3341. Düsseldorf.

Lehner, Franz/Schmidt-Bleek, Friedrich/Kilper, Heiderose (Hrsg.) (1995): Regiovision – neue Strategien für alte Industrieregionen. München und Mering.

Lompe, Klaus u.a. (1996): Regionalisierung als Innovationsstrategie. Die VW-Region auf dem Weg von der Automobil- zur Verkehrskompetenzregion. Berlin.

Lucas, Rainer (1998a): Nachhaltige Regionalentwicklung zwischen Globalisierung und Regionalisierung. In: Danielzyk, HDeppe, Mose (Hrsg.): Von der eigenständigen Regionalentwicklung zur nachhaltigen Regionalentwicklung. Bremen 1998. S. 11-18.

Lucas, Rainer (1998b): Innovationsaufgabe „nachhaltige Regionalentwicklung“. In: Ökologisch Wirtschaften 5/1998, S. 10-11.

Lucas, Rainer (2000): Erfolgsbedingungen für die Durchsetzung ökologischer Dienstleistungsangebote im konsumgüterbezogenen Stoffstrommanagement Untersuchung von Fallbeispielen in den Bereichen Autoverwertung und Elektro(nik) – Recycling. Wuppertal. Wuppertal. Im Erscheinen.

Lucas, Rainer/Hesse, Markus (1992): Ökologische Regionalentwicklung. Für eine nachhaltige Entwicklung der Regionen in Ost und West. Diskussionspapier des IÖW 3/91. Berlin und Wuppertal.

Maier, Jörg (Hg.) (1996): Bedeutung kreativer Milieus für die Regional- und Landesentwicklung, Bayreuth (Universität Bayreuth – Lehrstuhl Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung. Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung, Heft 153).

Messner, Dirk (1995): Die Netzwerkgesellschaft. Wirtschaftliche Entwicklung und internationale Wettbewerbsfähigkeit als Probleme gesellschaftlicher Steuerung, Berlin.

Minsch, Jürg/Henning-Feindt, Peter/Meister, Hans-Peter/Schneidewind, Uwe/ Schulz, Tobias: Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Berlin u.a. Orte.

NARET= Nachhaltige Regionalentwicklung Trier (1996): Nachhaltige Regionalentwicklung – ein neues Leitbild für eine veränderte Struktur- und Regionalpolitik, Trier.

Pfriem, Reinhard (1998): Genug ist nicht genug. Was eine sozialökologische (=integrative?) Unternehmensethik möglicherweise gegen die Globalisierungsfalle anrichten kann. Schriftenreihe des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Unetrnehmensführung u. Betriebliche Umweltpolitik an der Universität Oldenburg, Oldenburg.

Porter, Michael E. (1990): Nationale Wettbewerbskraft – woher kommt die? In: Harvard Manager IV. Quartal 1990, S. 103-118.

PRO REGIO – Zeitschrift Für Eigenständige Regionalwicklung: „Von der Eigenständigen zur nachhaltigen Regionalentwicklung?“, Heft Nr. 20-21/1997. Hrsg.: Eigenständige Regionalentwicklung Baden-Württemberg e.V., Boxberg-Wölchingen.

Rehfeld, Dieter (1998): Unternehmensstrategien zwischen Regionalisierung und Globalisierung. In: Kujath, H.J. (1998) (Hg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Berlin. S. 41-59.

Rehfeld, Dieter (1998): Unternehmensstrategien zwischen Regionalisierung und Globalisierung. In: Kujath, H.J. (1998) (Hg.): Strategien der regionalen Stabilisierung. Berlin. S. 41-59.

Robinet, Karin/ Lucas, Rainer (1994): Umweltschutz und Umweltqualität als Standortfaktor, Marburg, Schüren Verlag

Sachs, Wolfgang (2000): Wie zukunftsfähig ist Globalisierung? Wuppertal Papers Nr. 99. Wuppertal.

Schneidewind, Uwe (1998): Die Unternehmung als strukturpolitischer Akteur. Marburg.

Sieverts, Thomas (1999): Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land. Bauwelt Fundamente 118. 3., verbesserte und um ein Nachwort ergänzte Auflage. Braunschweig, Wiesbaden : Vieweg.

Spehl, Harald (1994): Nachhaltige Regionalentwicklung. In: Dauerhafte, umweltgerechte Raumentwicklung. Arbeitsmaterialien der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) Nr. 212, Hannover.

Spehl, Harald/ Tischer, Martin (1994): Regionale Ansätze und Projekte nachhaltiger Entwicklung, NARET – Diskussionspapier der Universität Trier Nr. 4, Trier

Sydow, Jörg (1993): Strategische Netzwerke: Evolution und Organisation. Wiesbaden.

Warnecke, Hans J. (1996): Die fraktale Fabrik. Revolution der Unternehmenskultur, Reinbek b. Hamburg.

WECD – World Comission on Environment and Development – Brundtland Bericht (1987): Our Common Future, Oxford/ New York.

Zarth, Michael/Huege, Petra: Auswirkungen der Globalisierung auf die Regionen der Bundesrepublik Deutschland. In.: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.), Regionale Auswirkungen der Globalisierung. Informationen zur Raumentwicklung. Heft 1.1999. Bonn. S. 1-8.